

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Kai Fritze und Niko Richter, NETZ Bangladesch

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit Netz e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Hunderttausende Rohingya auf der Flucht

Seit Ende August 2017 sind UN-Angaben zufolge über 620.000 Rohingya, darunter 350.000 Kinder, von Myanmar nach Bangladesch geflüchtet. Dies entspricht etwa der Hälfte aller in Myanmar lebenden Rohingya. Hintergrund sind massive Operationen der Sicherheitskräfte Myanmars gegen Angehörige der Minderheit im Bundesstaat Rakhine. Internationale Menschenrechtsorganisationen verurteilen das Vorgehen der Sicherheitskräfte scharf und weisen auf die prekäre humanitäre Lage für die Menschen in den betroffenen Regionen Myanmars sowie auf die Not der Geflüchteten hin.

UN-Generalsekretär António Guterres warnte vor einer humanitären Katastrophe durch das Vorgehen der Sicherheitskräfte in Myanmar. Der UN-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad Al Hussein sprach in diesem Zusammenhang von einem „Musterbeispiel für ethnische Säuberungen“. Der UN-Sicherheitsrat zeigte sich in einer Sondersitzung am 13. September 2017 besorgt über „den Einsatz übermäßiger Gewalt bei der Militäroperation“ und verlangt freien Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen nach Rakhine. Die Bemühungen Bangladeschs zur Unterstützung der geflüchteten Menschen begrüßt der Sicherheitsrat ausdrücklich. Auf einer Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrats am 5. Dezember 2017 sprach der UN-Menschenrechtskommissar von einer entsetzlichen Barbarei gegen die Rohingya. Die systematische Gewalt gegen sie zeige Elemente eines Völkermords auf.

Am 19. November 2017 besuchte der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel gemeinsam mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini das Camp Kutupalong in Bangladesch, in dem geflüchtete Rohingya untergebracht sind. Der Außenminister sagte 20 Millionen Euro Nothilfe der Bundesregierung zu. Die Regierung Bangladeschs ruft die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung auf.

An den Orten, an denen sich aktuell die aus Myanmar geflüchteten Rohingya in Bangladesch versammeln, herrschen alarmierende Zustände – trotz der Hilfsmaßnahmen durch die bangladeschische Regierung, von nationalen und internationalen Organisationen sowie der Lokalbevölkerung. Es mangelt unter anderem an Zugang zu sauberem Wasser, an Nahrungsmitteln sowie medizinischer Versorgung. Zudem berichten Medien und zivilgesellschaftliche Akteure über eine besorgniserregende

Zunahme gewaltsam ausgetragener Konflikte in den Camps, aber auch von Landwegnahme und Angriffen auf Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen.

Massive Überschwemmungen im Spätsommer

Mitte August 2017 hat der Monsun in Bangladesch zu Überschwemmungen in 32 Distrikten der nördlichen, nordöstlichen und zentralen Landesteile geführt, vor allem entlang des Jamuna-Flusses. Laut Ministerium für Katastrophenschutz handelt es sich um die schwerste Flut seit 40 Jahren. Acht Millionen Menschen waren davon betroffen. Offiziellen Angaben zufolge starben über 200 Menschen. In vielen Dörfern stand das Wasser einen Meter hoch. 640.000 Häuser wurden zerstört. Zehntausende Familien mussten aus ihren Häusern fliehen und in Schutzbauten oder Flutschutzarealen Unterkunft suchen. Insgesamt 623.000 Hektar landwirtschaftlich bebauter Fläche waren betroffen, 35.000 Hektar Ernte sind ganz vernichtet. Schulen und Krankenhäuser mussten vielerorts teils wochenlang geschlossen werden. Die Flutpegel gingen in den meisten Landesteilen bis Ende August auf Normalpegelstände zurück. In den flussabwärts, südlicher gelegenen Landesteilen, richteten die Wassermassen vergleichsweise wenige Schäden an.

Die Regierung Bangladeschs und internationale Geberinstitutionen wie das Welternährungsprogramm, das Internationale Rote Kreuz und UNICEF haben rasche Nothilfe Maßnahmen ergriffen. Drei Millionen Menschen sind offiziellen Angaben zufolge dadurch mit Lebensmitteln versorgt sowie 1,8 Millionen Menschen mit Trinkwasser und Hygiene-Maßnahmen erreicht worden. Zudem wurden über 2000 medizinische Teams in die Flutgebiete gesandt. Der Zugang zu den betroffenen Regionen gestaltete sich dabei sehr herausfordernd, da 9000 Kilometer Straßen, 500 Brücken und 100 Kilometer Eisenbahngleise beschädigt wurden. Zudem hat die Flut über 700 Kilometer Flussdämme weggeschwemmt.

Viele lokale zivilgesellschaftliche Organisationen haben aus eigenen Kräften zielgerichtet und mit detaillierter Kenntnis der lokalen Gegebenheiten unmittelbare Nothilfe geleistet. Sie haben Menschen, die durch die Fluten eingeschlossen waren, lokalisiert und mit Booten zu sicheren Orten gebracht. Zudem leisteten sie medizinische Unterstützung, versorgten besonders schwer betroffene Familien kurzfristig mit Grundnahrungsmitteln sowie Trinkwasser und reinigten Trinkwasserpumpen, die überflutet waren.